

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold und Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

ersch. wöchentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1.00 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamzeit 45 Goldpf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Postfachkonto Stuttgart Nr. 5790. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr

Nr. 264

Altensteig, Donnerstag den 11. November

1926

Die innerpolitische Lage.

Neuer Konflikt in der Erwerbslosenangelegenheit

Berlin, 10. Nov. In der heutigen Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages kam ein kommunistischer Antrag zur Abstimmung, der sämtliche Beschränkungen innerhalb der Erwerbslosenfürsorge aufheben und die Bezahlung der Unterstützungen über die 52. Woche hinaus unbegrenzt fortführen will. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Kommunisten, der Sozialdemokraten, der Sozialen und der Deutschnationalen angenommen. Der Vorsitzende des Ausschusses erklärte, damit sei die Regierungsvorlage gefallen und die Beratungen müßten ausgesetzt werden. Er schlug vor, morgen die zweite Lesung des Arbeitsgerichtsgesetzes vorzunehmen. Hiergegen erhob der Abg. Andre (Ztr.) Einspruch, indem er erklärte, daß die Mitglieder des Zentrums sich an den weiteren Beratungen des Ausschusses nicht mehr beteiligen könnten, bis eine Klärung der Mehrheitsverhältnisse erfolgt sei. Die Vertreter der Regierungsparteien betonten, sich nicht als Hampfmänner behandeln lassen zu wollen. Für die Deutsche Volkspartei schloß sich Abg. Thiel diesen Erklärungen an. Hierauf vertagte sich der Ausschuss.

Entspannung der innerpolitischen Lage

Berlin, 11. Nov. Die Blätter sprechen in ihren Berichten über die gestrigen Besprechungen im Reichstag von einer Entspannung der innerpolitischen Lage. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: Schon aus dem Bemerkten des sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller im Plenum, es sei im Interesse der Arbeitslosen zunächst wichtiger, dafür zu sorgen, daß die Beratungen im sozialpolitischen Ausschuss wieder in Gang kommen, konnte man folgern, daß bei den Sozialdemokraten nicht die Neigung besteht, die parlamentarische Krise zu überspannen. Die Regierung wird sich jedenfalls um die Beilegung des Konfliktes bemühen und der Reichszentralrat hat bereits gestern Abend den Abgeordneten Hermann Müller empfangen. — Nach der „Vossischen Zeitung“ wurde bei den gestrigen internen Besprechungen der Fraktionsvorsitze der Regierungsparteien die Auffassung vertreten, daß auf eine Klärung der Mehrheitsverhältnisse gedrängt und Sicherheit dafür geschaffen werden müsse, daß sich Vorgänge, wie im Plenum am Montag und Dienstag und im sozialpolitischen Ausschuss nicht wiederholen. — Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge hat man bei den Regierungsparteien den Eindruck, daß die Sozialdemokraten zu einem gewissen Einlenken bereit seien. — Auch der „Vorwärts“ spricht von der Bereitschaft der Sozialdemokratischen Partei, „diesem unwürdigen Zustand ein Ende zu bereiten“.

Die Verhandlungen mit den Parteiführern

Berlin, 10. Nov. Das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger teilt mit: Im Reichstage fanden im Laufe des Mittwochnachmittags wichtige Verhandlungen innerhalb der Regierung und mit den Parteiführern der Regierungsparteien statt. Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hört, ist über die Frage der Regierungsbildung nicht verhandelt worden, sondern über die Fragen, die heute im sozialpolitischen Ausschuss in der Erwerbslosenfrage und im Haushaltsausschuss in der Frage der neuen planmäßigen Stellen im Verkehrsministerium zu Konflikten geführt haben. Das Zentrum verlangt, daß die planmäßigen Stellen nicht in den Nachtragsetat eingestellt, sondern erst im Hauptetat für 1927 zur Entscheidung gebracht werden. Das Reichskabinett gedenkt morgen darüber zu beraten, ob diese Personalien aus dem Nachtragsetat herausgestrichen werden können. In der Erwerbslosenfrage wird die Hoffnung geäußert, daß die Sozialdemokraten schließlich ein Entgegenkommen zeigen könnten. Man stützt sich für diese Annahme besonders darauf, daß in der heutigen Plenarsitzung die Sozialdemokratische Partei nicht für den kommunistischen Antrag gestimmt hat, die Vorlage über die Kriegsfürsorge sofort auf die Tagesordnung zu setzen. Der Abg. Esser (Ztr.) als Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses wurde von den Vertretern der Regierungsparteien beauftragt, am Donnerstag mit den Sozialdemokraten in dieser Angelegenheit Fühlung zu nehmen. Im Laufe des Abends fand auch eine Fühlungnahme zwischen Kabinettsmitgliedern und sozialdemokratischen Vertretern über die schwebenden Meinungsverschiedenheiten statt.

Gemeinsame Kundgebung der Spitzenverbände der Wirtschaft.

Berlin, 10. Nov. Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft fanden sich heute nachmittag in einer gemeinsamen und überaus stark besuchten Kundgebung in Berlin zu einer Protestaktion zusammen, die eine Darstellung der Gefahren zum Thema hatte, welche nach Ansicht der beteiligten Kreise der Wirtschaft aus der zunehmenden Betätigung der öffentlichen Hand im Erwerbsleben, sowie aus sonstigen Beschränkungen und Beeinträchtigungen, das Privateigentum bedrohen. Die Kundgebung war von rund 1000 Persönlichkeiten aus allen Kreisen der Wirtschaft besucht. Einleitend kennzeichnete der Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Prof. Dr. Duisberg, den Zweck der Kundgebung. Aus dem zahlreichen Erscheinen der Vertreter der Behörden und der Parlamente schloß er, daß sich die Regierung der schweren Verantwortung bewußt sei, die sie in wirtschaftspolitischen Hinsicht trage. Durch die Betätigung der öffentlichen Hand im Erwerbsleben, die nach dem Kriege in zunehmendem Maße eingesetzt habe, sei vor allem der industrielle Mittelstand und das deutsche Handwerk gefährdet. Hierauf sprachen hervorragende Vertreter der deutschen Wirtschaften zu dem Thema der Kundgebung; sodann fand eine von den Spitzenverbänden unterzeichnete Resolution gegen die Betätigung der öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben einstimmig Annahme. In seinem Schlusswort stellte Geheimrat Duisberg fest, daß die Spitzenverbände, die diese Kundgebung einberufen haben, ausdrücklich die Subventionswirtschaft mißbilligen.

Bayern zum Finanzausgleich.

Der Finanzausgleich vor dem bayerischen Landtage

München, 10. Nov. In der heutigen Vollziehung des bayerischen Landtages erklärte der Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei, Dr. Wohlmut, daß es sich für den Landtag um einen Existenzkampf handle. Das Reich, das Bayern seines souveränen Lebens beraubt habe, müsse ihm wenigstens soviel geben, um seine Staatsaufgaben erfüllen zu können. Für die Forderungen Bayerns werde man mit allen Mitteln kämpfen und, wenn es sein müsse, mit den Worten des Ministerpräsidenten, bis zur äußersten Konsequenz (Bravo bei der bayr. Volkspartei, Zurufe links: Was verstehen Sie darunter?) Was darunter zu verstehen sei, habe der Ministerpräsident selbst deutlich gesagt mit den Worten: Für ein selbständiges Bayern in einem starken deutschen Reich. Wenn die Bayerische Volkspartei eine prinzipielle Lösung fordere, so sei sie sich bewußt, daß sie nicht die Absicht habe, das Reich zu zerstören. Der Redner richtete schließlich an das Haus den Appell, auf den Boden einer Entschliebung zu treten, die von der Mehrzahl der bürgerlichen Parteien eingebracht werde. Adersmann (Soz.) betonte, daß seine Partei nicht in der Lage sei, der Einladung des Vorredners zu folgen. Er verlas eine längere Erklärung seiner Fraktion, in der darauf hingewiesen wird, daß sich die Ministerreden über den Finanzausgleich zu einer Kampfansage an das Reich entwickelt hätten. Die sozialdemokratische Fraktion betenne sich rückhaltslos und offen zur deutschen Einheitsrepublik auf der Grundlage der dezentralisierten Selbstverwaltung. Ein Reich, das sich nicht selbst aufgeben wolle, dürfe die wichtigsten allgemeinen Steuern nicht aus der Hand geben. Die Auseinandersetzungen über den Finanzausgleich zum Machtkampf zwischen den Ländern und dem Reich zu steigern, wäre ein Verbrechen an dem deutschen Volke.

Eine neue Rede Helld

München, 10. Nov. Im weiteren Verlaufe der Landtagsitzung nahm Ministerpräsident Dr. Held das Wort und betonte, daß die Staatsregierung in ihren gestrigen Erklärungen keinerlei Grund zu den Vorwürfen gegeben habe, wie sie heute von den Sozialdemokraten vorgebracht wurden. Man werfe der Regierung partikularistische Politik vor. Er glaube jedoch, daß seine ganze Vergangenheit in diesem Hause für das Gegenteil spreche. Er habe auch davon gesprochen, daß man den Kampf bis zur äußersten Konsequenz führen müsse. Die Reichsregierung habe dabei überhaupt nicht in Frage gestanden. Er habe sich

auf den Boden der Verfassung gestellt und vom Paragraphen 8 der Reichsverfassung aus die Rechte Bayerns verteidigt. Der Minister erklärte weiter, daß man unter „äußerster Konsequenz“ verschiedenes verstehen könnte. So halte er es für unmöglich, daß bei einer für Bayern nicht befriedigenden Lösung die Bayerische Volkspartei in der Koalitionsregierung verbleibe. Weiter hätte Bayern die Möglichkeit, beim Staatsgerichtshof sein Recht zu suchen. Schließlich verwahrte sich Dr. Held energisch gegen die Behauptung, als ob er die Reichsverfassung bekämpft habe und für eine Rückwärtsredigierung eingetreten sei. Zur Annahme gelangte mit allen gegen die kommunistischen Stimmen bei Enthaltung der Sozialdemokraten folgender Antrag der bürgerlichen Parteien: Der bayerische Landtag und die Bayerische Staatsregierung sind einig in der tiefen Sorge über die verhängnisvollen Auswirkungen des gegenwärtigen Finanzausgleiches, die eine geordnete Finanzgebarung der Länder und Gemeinden unmöglich machen und damit den Bestand des Landes bedrohen. Er muß mit der bayerischen Staatsregierung eine Regelung verlangen, die dem Grundsatz der Aufrechterhaltung der Lebensfähigkeit der Länder Rechnung trägt, wie ihn der Paragraph 8 der Reichsverfassung aufstellt. Der bayerische Landtag billigt daher die bisherigen Schritte der Staatsregierung und ersucht sie, auch weiterhin mit Nachdruck für eine gerechte und billige Lösung einzutreten.

Neues vom Tage.

Die Verhandlungen über die Militärkontrolle

Berlin, 10. Nov. Zu den Meldungen über eine Unterredung Briand's mit General Walsh über die Militärkontrolle erfahren die Blätter, daß die Regierung über diese Unterredung selbst noch nicht unterrichtet ist, daß jedoch mündliche Verhandlungen mit allem Nachdruck geführt werden. Auch über eine vor einigen Tagen eingegangene Note, betreffend militärischen Gebäude, werden zunächst mündliche Verhandlungen eingeleitet.

Külz über das Schundliteraturgesetz

Berlin, 10. Nov. Reichsinnenminister Külz gewährte Professor Dr. Brunner ein Interview über das dem Reichstag vorliegende Gesetz gegen Schund- und Schmutzschriften. Hierüber erklärte u. a. der Minister: Die Zusammensetzung der Prüfstellen und die Oberprüfstelle geben Gewähr gegen Uebergriffe in die Freiheit der Kunst. Das Einspruchsrecht des Reiches sowie eines jeden Landes bietet ein Gegengewicht gegen die Ausdehnung einseitiger Entscheidungen auf das ganze Reich. Es wäre eine Beleidigung der Organisationen der Jugendwohlfahrt und volkspädagogischen Bestrebungen, wenn ihren Vertretern von vornherein das Verbotnis für die Freiheit der Literatur und Kunst abgesprochen wird. Die Regierung hat nicht die Absicht, den Entwurf zurückzuziehen. Ich bin der letzte, der die Freiheit antastet, lenne aber keine Bestimmung der Verfassung, daß die Tugenden schmierfinken preisgegeben sein soll.

Der Mandats-Schacher

Genf, 10. Nov. Ueber den vor einiger Zeit von der englischen Presse erwähnten Plan einer Uebertragung des französischen Mandates über Syrien an Italien bringt das „Journal de Geneve“ Mitteilungen, die anscheinend aus besonderen Quellen fließen: Das Blatt erklärt, die deutschen Forderungen auf ein Mandatsgebiet als Folge des Vertrages von Locarno sowie des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund habe in London und Paris Ablehnung erfahren. Man müsse aber damit rechnen, daß die deutsche Regierung eines Tages in Genf die Forderung auf Uebertragung eines Mandatsgebietes stellen werde. Demgegenüber beständen jedoch zwei große Schwierigkeiten: erstens sei keine der gegenwärtigen Mandatsmächte geneigt, ein Mandatsgebiet an Deutschland abzutreten; zweitens werde Italien im Falle des Freiwerdens eines bisherigen oder bei Schaffung eines neuen Mandatsgebietes unbedingt seine bevorrechtigte Forderung geltend machen. In Frankreich bestehe tatsächlich bei sämtlichen Parteien Geneigtheit, die sehr kostspielige und politische und militärisch schwierige Verwaltung Syriens aufzugeben. Die Erklärungen des italienischen Botschafters bei seinem letzten Besuch bei Briand, Italien sei bereit, das Mandat über Syrien zu übernehmen, falls Frankreich es aufgeben wolle, habe in der französischen Presse keineswegs eine Ablehnung gefunden. Frankreich könne jetzt durch die Abtreibung Syriens sich die italienische Freundschaft für lange Zeit hinaus sichern.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Ablösung der Markanleihen.

Die in den Bezirksamtsblättern vom 24. August und 14. Oktober ds. Js. (Nr. 196 und 240) bekanntgemachte Ausschluß-Frist zur Anmeldung von Ansprüchen nach dem Anleiheablösungs-gesetz ist für württembergische Anleihen bis zum 30. November 1926 verlängert worden.
Ragold, den 9. November 1926.
Oberamt: Daitinger.

Religiöse Vorträge

In der Stadtkirche zu Altensteig von Missionar Otto Lohss Stuttgart-Fellbach vom 14. bis 21. November 1926, je abends punkt 8 Uhr (10 Minuten vor 8 Uhr wird geläutet).

- Sonntag, den 14. Nov.: Zweifel oder Glauben an Gott?
- Montag, den 15. Nov.: Wo ist das Glück?
- Dienstag, den 16. Nov.: Das Geheimnis der Person Jesu.
- Mittwoch, den 17. Nov.: Der Tod und was dann?
- Donnerstag, den 18. Nov.: Volkserneuerung oder Untergang?
- Freitag, den 19. Nov.: Die Zukunft der Menschheit und das Weltende.
- Samstag, den 20. Nov.: Für Männer und Jungmänner von 15 Jahren an: Jesus und allerlei Männerfragen.
- Sonntag, den 21. Nov.: Schlußversammlung für jedermann.

Die Vorträge bilden ein zusammenhängendes Ganzes. Man höre deshalb womöglich alle von Anfang an!

Jedermann ist herzlich eingeladen. Betr. Bibelkurs und Bibelstunde wird Näheres am 14. abends bekannt gegeben.

Im Auftrag des Kirchengemeinderats:
Stadtpfarrer Horlacher.

Sparerbund Altensteig und Umgebung.

Die beraubten Sparrer verspüren keine Lust mehr, ihre neuen Ersparnisse solchen Rassen zuzuführen, bei denen ihre alten Spargelder kaputt gingen. Deshalb hat der Württ. Sparerbund eine eigene Sparkasse, die Württ. Sparerbundskasse in Stuttgart gegründet und in Altensteig eine Agentur errichtet, die vorerst in meinem Hause untergebracht ist. Hier werden jederzeit Spargelder von 1 RM. an, auf längere oder längere Frist, angenommen. Bestmöglichste Verzinsung, Selbstverwaltung, Gewinnbeteiligung, Unbedingte Sicherheit durch Anlage in nur 1. Hypotheken des kleinen Mittelstands.
Schwarz.

Neuweiler. Dankfagung.



Für die uns bei dem unerwartet raschen Hinscheiden unserer lieben Schwester und Schwägerin

Philippine Pfeiffer

erwiesene Teilnahme, für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte und die gewidmeten Blumenspenden sagen herzl. Dank die trauernden Hinterbliebenen.

Die neuen Fortspreislisten für 1927

sind erschienen und zu haben in der W. Rieker'schen Buchhandlg., Altensteig.

Es wird beabsichtigt in Altensteig einen **englischen Abend-Kurs**

zweimal wöchentlich von einer geb. Engländerin b. genügender Beteiligung abzuhalten und zwar für Anfänger und Fortgeschrittene bei mäßiger Berechnung. Interessenten wollen sich an die Geschäftsstelle ds. Bl. wenden, wo Näheres zu erfahren ist.

Freundliches, heißbares **Zimmer**

per 15. Nov. von einem Herrn zu mieten gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Trächtige, im Zug angelegte



Kalbin

geht dem Verkauf aus Karl Schneider, Schmied, Spielberg.

Grünbach.

Einen Wurf starke



verkauft am Samstag Mittag 1 Uhr Adam Frey beim Lamm.

Gastspiel der Schwäb. Bilderbühne

Samstag, den 13. und Sonntag, den 14. November, je abends 8 Uhr, im „Grünen Baum“ in Altensteig

Buna die Tochter des Korallenriffs

Ein herrlicher Film aus dem Paradies der Südsee.

Leben und Treiben auf den Fidschi-Inseln — Jagd Fischfang — Hausbau — Hochzeit — Feuerwanderung

I. Platz 80 ₤, II. Platz 60 ₤.

Wer nicht inseriert dessen Geschäft schläft ein!

Käse billiger! direkt ab Fabrik.

Holländer Art	9 Pfd.	Mark 5.20
Hollf. Tafelkäse (Protform)	" "	5.40
Frischer Art (delikat)	" "	6.—
Edamer Art (prima)	" "	6.—

Alle Sorten werden in meiner Fabrik aus bestem Rohmaterial hergestellt. Porto und Verpackung frei.

Otto Danke, Käsefabrik, Hamburg 21, A 74.

Calwer Woldecken

zu günstigen Preisen

Graue melierte Decken 140/190 cm	7.50, 9.50, 10.50, 11.80
Jaquard-Decken 140/190 und 150/200 cm	12.00, 14.00, 15.00, 17.00, 17.80, 21.50, 29.00, 32.00, 40.00, 42.00, 45.00
Kamelhaar-Decken 140/190 und 150/200 cm	14.00, 17.00, 23.00, 27.00, 31.00, 35.00, 46.00, 58.00, 76.00

Portofreier Versand nach auswärts unter Nachnahme.

Paul Ränckle, am Markt, Calw.

Engtal.

Am Sonntag, den 14. Nov., halten die

25er

im Hetschelhof eine Festlichkeit ab und laden hierzu jung und alt freundlichst ein.

Die 25er.

Für Vereine

fertigt

LOSE

zu Weihnachtsfesten die W. Rieker'sche Buchdruckerei Altensteig.

Sonder-Angebot

Ich hatte Gelegenheit einen großen Posten guter halbwollener Herrenhosen

zu günstigen Preisen zu kaufen.

Verkaufspreis: Schrittlänge 74—84

RM. 10.— 11.— und 12.—

Portofreier Versand nach auswärts unter Nachnahme

Paul Ränckle, am Markt, Calw.

ALLE LEUTE LOBEN FEINKOSTMARGARINE **Blauband wie Butter** 1/2 Pfd. 50 Pf.

